



Antrag

der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verfügbarkeit und Praxistauglichkeit der Integrations- und Sprachkurse in Bund und Land sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass für eine gelingende Integration und gleichberechtigte Teilhabe Sprachkenntnisse eine essenzielle Voraussetzung sind. Möglichst vielen Menschen muss ein entsprechendes Kursangebot zur Verfügung gestellt werden. Aus diesem Grund soll der bürokratische Aufwand für die Organisation des Integrationskursangebotes so gering wie möglich sein.

Die bundesseitig geförderten Sprachkursangebote stehen immer noch nicht allen Geflüchteten und zugewanderten Personen zur Verfügung. Dies muss sich ändern. Außerdem sind neben der geringen Anzahl an Plätzen in den Integrations- und Sprachkursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge („BAMF“) die Bundesmittel trotz der weiterhin hohen Zuwanderungszahlen und der entsprechend hohen Nachfrage nach Kursen nicht bedarfsgerecht angepasst worden.

Auch der Flüchtlingsgipfel der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung vom 10. Mai 2023 hat sowohl generell als auch bezüglich der Integrations- und Sprachkurse enttäuschende Ergebnisse hervorgebracht.

Die dadurch entstandenen Lücken müssen somit weiterhin im Rahmen des ‚Starterpaketes für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein‘ („STAFF.SH“), aufgefangen

werden. Dieser Zustand von fehlenden Plätzen und entsprechend langen Wartezeiten kann nicht dem Anspruch gerecht werden, den wir in Deutschland und Schleswig-Holstein vor dem Hintergrund unserer humanitären Verantwortung haben. Auch in Anbetracht des bundesweiten Arbeits- und Fachkräftemangels steht unfraglich fest, dass ein lückenloses Angebot an Integrations- und Sprachkursen im ureigenen, gemeinsamen Interesse des Bundes und der Länder ist, auch im Sinne einer gelingenden Arbeitsmarktintegration.

Deshalb befürwortet der Landtag:

- die Kooperation des Landes mit dem BAMF zur Etablierung ausbildungsbezogener Sprachkurse an den Berufsbildenden Schulen und bittet diese weiter auszubauen.
- die zusätzlichen Landesmittel für die Durchführung von Erstorientierungskursen („EOK“) in Höhe von rund 3 Millionen Euro, wodurch das Land in diesem Jahr auf eine Gesamtfördersumme für landeseigene Sprachkursangebote sowie ergänzende Maßnahmen zu den Bundesangeboten in Höhe von rund 7 Millionen Euro kommt

Außerdem beauftragt der Landtag die Landesregierung,

- die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Sprachangeboten des Landes sicherzustellen;
 - hierfür u.a. die Möglichkeiten digitaler Lernangebote und -umgebungen auszubauen und digitale Selbstlernerkurse mit Lernbegleitung im Rahmen von STAFF.SH zu ermöglichen
 - und zu prüfen, wie und wann die Ausweitung der arbeitsmarktbezogenen Sprachtrainings mit Kinderbeaufsichtigung auf die Landesteile erfolgen kann, in denen dieses wichtige Instrument bislang nicht angeboten wird.

Es soll geprüft werden, ob Entsprechende Maßnahmen hierzu in das Integrations- und Teilhabegesetz Schleswig-Holstein aufgenommen werden können.

- mit dem Ausbau und der Umsetzung berufsfeldbezogener Sprachkursangebote in Schleswig-Holstein für die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (insbesondere in den Bereichen Erziehung/ Bildung, Gesundheit und Pflege).

Ferner bittet der Schleswig-Holsteinische Landtag die Landesregierung, sich gegenüber dem Bund

- weiterhin dafür einzusetzen, die organisatorischen Vorgaben für die Kursträger zu senken, um mehr Menschen erreichen zu können. Insbesondere sind die Anforderungen an die Ausstattung der Schulungsräume sowie die Mindestgröße von bislang 14 Personen je Kurs einer näheren Überprüfung zu unterziehen. Außerdem sind die Vorgaben für Lehrkräfte sinnvoll anzupassen, um dem Lehrkräftemangel entgegenzutreten;
- dafür einzusetzen, dass die Bundesmittel für Integrations- sowie Erstorientierungskurse an den erhöhten Bedarf angepasst und somit angemessen aufgestockt werden;
- für die weitere Öffnung der Integrationskurse für weitere Zielgruppen einzusetzen.

Seyran Papo
und Fraktion

Catharina Johanna Nies
und Fraktion